

Sachsen-Zeitung

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft,



Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Die „Sachsen-Zeitung“ erscheint täglich nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in den Geschäftsstellen und Ausgabestellen 2,- Mark im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mark, bei Postbestellung 2,50 Mark. Einzelnummern 15 Pfennig. (Einschl. Porto).
Alle Bestellungen und Abbestellungen sind zu richten an die Geschäftsstellen.
Früher: Wilsdruffer Tageblatt

Anzeigenpreis: Die 8 gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 2 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig. Die 3 gespaltene Raumzeile im letzten Teil der Zeitung 100 Goldpfennig. Nachverrechnungsgeld 20 Goldpfennig. Vorgeschiedene Geschäftsstellen werden nach Möglichkeit angenommen bis vormittags 10 Uhr.
Fernruf: Amt Wilsdruff Nr. 6
Fernruf übermitteln können Abonnenten wir keine Garantie. Jeder Kabelformularpreis ist für die Wichtigkeit der durch den Fernruf übermittelten Nachrichten zu berücksichtigen. Fernruf werden auch alle Vermittlungsstellen entgegen.

Die Sachsen-Zeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamtis Tharandt, Finanzamt Nossen u. a.

Nr. 119 - 83. Jahrgang. Wilsdruff-Dresden. Donnerstag 22. Mai 1924

Der Streit um das Gutachten.

Der Vorschlag der Sozialdemokratie, die Annahme oder die Ablehnung des Sachverständigenurteils zum Gegenstand einer Volksbefragung zu machen, wird wohl kaum ernsthaft in die Erscheinung treten. Denn er tritt vor allem daran, daß es nicht gar viele Leute in Deutschland gibt, die diesen Bericht wirklich auch nur durchgelesen, geschweige denn durchgearbeitet haben. Und zwischen denen, die beides taten, herrscht nun der erbitterteste Streit. Woraus das eine jedenfalls hervorgeht, daß man über ihn sehr geteilter Meinung namentlich dann sein kann, wenn man ihn kennt.

Zu der deutschen Industrie ist es bekanntlich gerade in den letzten Tagen zu sehr erheblichen Auseinandersetzungen darüber gekommen, die zu einer Abspaltung vom Reichsverband der deutschen Industrie geführt haben. Und auf der Versammlung der neuen Industriellen-Vereinigung kam es nicht bloß zu Auseinandersetzungen, sondern zu einer erheblichen Explosion, so daß das Präsidium des Reichsverbandes, der bekannte Großindustrielle von Vorsig ostentativ die Versammlung verließ. Dabei hatte er in seiner Rede zugegeben, daß auch im Reichsverband selbst die Anschauungen auseinandergehen.

Das ist auch wirklich nicht sonderbar. Sonderbar wäre höchstens das Gegenteil. Denn die ganze Grundlage, auf der sich der Bericht aufbaut, die Regelung der Zukunft, also der Leistungen Deutschlands hat zur Voraussetzung etwas, was der Fall sein kann, aber durchaus nicht sein muß, nämlich ein außerordentlich starker wirtschaftlicher Aufschwung Deutschlands, der es in die Lage versetzt, wenn auch nicht im laufenden, so doch schon im nächsten Jahre seinen Etat nicht bloß zu balancieren, sondern sogar einen kleinen Überschuß zu erzielen. Und über uns dann weiter in die Lage versetzt, im dritten Jahr über den ordentlichen Etat 100 Millionen Mark, im vierten 500, vom fünften Jahr ab gar 1250 Millionen Mark an Reparationsleistungen zu zahlen. Und zwar alles über den ordentlichen Etat, also durch Steuern aufgebracht. Steuern — das sind aber nichts anderes als Anteile an dem Bruttoertrag der Volkswirtschaft, als Einkommensanteile in prozentualer Höhe.

Nun bedeuten solche Steuern, namentlich dann, wenn sie wie die Reparationsleistungen vollkommen unproduktive Ausgaben sind, nichts anderes als eine Erhöhung der Produktionskosten. Weiter wird die bisher noch deutsche Reichsbahn in der Hand der neuen internationalen Verwaltung zu einem Erwerbsinstitut, und wir haben schon aus maßgebendem Munde gehört, daß die erste Aufgabe dieser neuen Verwaltung die Tarifserhöhung sei. Was wieder die Produktionskosten steigert.

Nun stellt auch der Sachverständigenbericht das allgemeine Bekannte wiederum fest, daß die deutschen Warenpreise zum Teil erheblich über den Weltmarktpreis liegen, die deutsche Wirtschaft also auf dem Weltmarkt wettbewerbsunfähig ist. Dadurch, daß man ihr neue Steuern auferlegt und die Preise erhöht, wird sie nicht gerade wettbewerbsfähiger! Wo soll da der Aufschwung der deutschen Wirtschaft, damit die höhere Ertragsfähigkeit der Steuerquellen, das allmähliche Verschwinden der Ausgaben für die Arbeitslosenfürsorge denn eigentlich herkommen? Also die Voraussetzungen für unsere Reparationsleistungen!

Nun sind ja als Garantie dafür, daß die oben genannten Summen im Etat nicht bloß auf dem Papier stehen, sondern auch wirklich aus Deutschland herausgeholt werden, die Erträge einer besonderen Steuer — verteilt in den Formen des Handelsmonopols — auf Alkohol, Bier, Tabak, Zucker und einiges andere an den Agenten für die Reparationszahlungen" vom dritten Jahre an direkt abzuführen. Für diese Verwaltung — denn das ist's! — unserer wichtigsten indirekten Steuern soll ein besonderer Kommissar, für jede der fünf genannten Steuerarten je ein Unterkommissar und daneben noch ein Beirat eingesetzt werden, der aus den Vertretern der „interessierten“ Länder besteht. Dieser Kommissar wird also praktisch nicht bloß der Verwaltungskontrolleur, sondern es soll auch die Bestimmung getroffen werden, daß die Gesamtabrechnung dieser fünf verschiedenen Steuereingänge durch ihn kontrolliert wird. Also auch tiefgreifende Finanzkontrolle nach österreichischem Muster. Dabei kommt der Bericht zu den phantastischen Hoffnungen namentlich für die Erträge des Tabakmonopols: der soll schon 1925 nicht weniger wie 450 Millionen Mark abwerfen, um von 1928-29 ab jährlich über 800 Millionen Mark einzubringen. Dabei beträgt der gesamte Steuereingang für 1925 nur etwa das Zehnfache dieser Tabaksteuer!

Jeden Tag beantragen in Deutschland ein paar Firmen von altem, gutem Klang die Geschäftsaufsicht. Kredit ist selbst für unsinnig hohem Zinsfuß — der auch nicht gerade zur Wiederherstellung der deutschen Wettbewerbsfähigkeit beiträgt! — überhaupt nicht zu bekommen. Man hofft also auf die Anleihe. Aber die erhält die Genente, wenn sie überhaupt zustande kommt. Wir haben nichts davon.

Auf dem Wege zur Regierungsbildung.

Besprechung der Parteiführer.

Berlin, 21. Mai. Die gestern nachmittag stattgefundene Besprechung der Parteiführer der Mittelparteien des Reichstags, an der auch ein Vertreter der Bayerischen Volkspartei teilnahm, hat zu dem Ergebnis geführt, daß, nachdem inzwischen auch die Demokraten von den Deutschnationalen eine Einladung zur gemeinsamen Besprechung über die Regierungsbildung erhalten hatten, die vier Parteien der Mitte heute vormittag der Einladung der Deutschnationalen gefolgt sind. Die Verhandlungen unter den fünf Parteien werden sich auf der Grundlage von Richtlinien für die Außenpolitik vollziehen, die von der Deutschen Volkspartei ausgegangen sind. Bei der Aufstellung dieser Richtlinien, die in den letzten Tagen unter dem Sammelnamen eines außenpolitischen Programms bezeichnet worden sind, ist von jeder ultimativen Form, die eine bestimmte Bindung für die Deutschnationalen enthalten hätte, abgesehen worden. Diese Richtlinien sollen lediglich als Grundlage für die Verhandlungen dienen.

Die Präsidentschaftsfrage.

Basel, 21. Mai. Der Berliner Korrespondent der „Baseler Nat. Ztg.“ meldet seinem Blatt, daß nach seinen Informationen an amtlicher Stelle die Reichspräsidentschaftsfrage akut würde, wenn die Deutschnationalen im Reichstage eine deutsch-nationale Regierung erzwingen wollten.

Painlevés über Frankreichs Interesse an der Ruhr.

(Eigener Fernsprechsprechdienst der „Sachsen-Zeitung“.)

Paris, 21. Mai. „Liberté“ veröffentlicht in Fettdruck eine neue Erklärung Painlevés, in der der frühere Ministerpräsident die dem Vertreter eines italienischen Blattes gemachten Angaben betreffend das Ruhrproblem deutlicher umschreibt. Er sagte: Frankreich lege hervorragenden Wert auf die Ausbeutung der Ruhr und der Eisenbahnregie. Die Sachverständigen hätten aber nun in ihren Berichten das Verlangen nach Aufhebung der wirtschaftlichen Kontrolle ausgesprochen. Die militärische Besetzung wäre dagegen nur von untergeordneter Bedeutung und Frankreich habe die Ruhr lediglich in der Absicht besetzt, seiner wirtschaftlichen Aktion größeren Nachdruck zu verleihen. Die Besetzung sei bereits eingeschränkt worden und könne auch weiterhin noch verringert werden. Man könne sie in Zukunft überhaupt aufheben, jedoch nur unter der Bedingung, daß interalliierte Garantien für die Erfüllung der deutschen Verpflichtungen erteilt werden. Die Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung in Frankreich sei fast ausschließlich auf die militärische Besetzung gerichtet. Die Diplomaten, sagte Painlevés zum Schluß, müßten eine entscheidende Wahl treffen zwischen wirtschaftlicher Ausbeutung der Ruhr oder einer interalliierten Lösung des Reparationsproblems.

Poincaré bei Millerand.

Paris, 21. Mai. Millerand hat gestern vormittag eine lange Unterredung mit Poincaré gehabt. Ueber den Inhalt dieser Unterredung wird strengstes Stillschweigen bewahrt.

Neuer Frankensturz.

Rotterdam, 21. Mai. Der „Courant“ meldet aus New-York: Der französische Franken erlebte einen neuen gewaltigen Rückschlag an der New-Yorker Börse und zwar in einem Ausmaße, wie er bisher noch nicht vorgekommen ist. Innerhalb einer halben Stunde fiel der Franken von 5,71 auf 5,47 und wurde zu diesem Satz amtlich notiert.

Der Landbund zum Gutachten.

Vom Major a. D. Kriegsheim, Direktor des Reichs-Landbundes.

In seiner jüngsten Sitzung hat der Bundesvorstand des Reichs-Landbundes folgende Entschlieung einstimmig angenommen:

„Der Reichs-Landbund erkennt an, daß Deutschland heute wehrlos ist, und daß alle Macht bei der Entente liegt.“

Daraus folgert der Reichs-Landbund, daß Deutschland an die Sieger Kriegskontributionen zu zahlen hat bis zur Grenze des Möglichen.

Die deutsche Landwirtschaft hat wiederholt erklärt, daß sie bereit ist, Opfer zu bringen an Einkommen und Besitz bis zum Ausmaß, wenn Deutschland dadurch in absehbarer Zeit endgültig und völlig frei wird.

Der Reichs-Landbund fordert, gleichviel, welche Regierung mit der Entente verhandelt, daß keinerlei Unterschriften von deutscher Seite gegeben werden unter Abmachungen, die nicht erfüllt werden können, die also letzten Endes den Feinden immer wieder Gelegenheit geben, weitere Zwangsmaßnahmen auf politischem Gebiete gegen Deutschland zu erheben.

Der Reichs-Landbund hält nach Kenntnisnahme des nunmehr vorliegenden Gesamtplanes der Sachverständigen die darin Deutschland zugewandte Preisgabe von Hoheitsrechten für unannehmbar, und lehnt das Gutachten in der vorliegenden Ge-

Amerika und die interalliierten Schulden.

(Eigener Fernsprechsprechdienst der „Sachsen-Zeitung“.)

New-York, 21. Mai. Von autoritativer Seite in Washington wird mitgeteilt, daß die amerikanische Regierung aus Anlaß der Annahme der bonus bill alsbald eine nachdrückliche Aktion ins Werk setzen werde, um die 11 Milliarden Kriegsschulden bei seinen europäischen Verbündeten einzutreiben.

Das Verteidigungswesen Schwedens.

Stockholm, 21. Mai. Der schwedische Verteidigungsausschuß hat seinen letzten Beschluß verkündet. Der Ausschuß empfiehlt als Uebergangszeit für die Infanterie 140 Tage als bisher 185 Tage. Für Flottenneubauten sollen innerhalb fünf Jahren 7 Millionen Kredite bewilligt werden, was eine Beschnürung der Regierungsvorlage bedeutet. Für die Bedeutung der Luftflotte als Verteidigungsmöglichkeit herrscht großes Verständnis.

Explosion auf einem englischen Kriegsschiff

(Eigener Fernsprechsprechdienst der „Sachsen-Zeitung“.)

Paris, 21. Mai. Nach einer Meldung aus Boulogne hat sich gestern nachmittags fünf Uhr auf dem Panzerkreuzer „Patria“ während der Schießübungen eine schwere Explosion ereignet. 13 Mann der Besatzung sind verwundet, mehrere sogar schwer. Einzelheiten fehlen.

Ein Dampfer mit 46 Mann untergegangen.

Paris, 21. Mai. Nach einer Havasmeldung aus Saint Marie (Ontario) ist der Dampfer „Orinoco“ auf dem Ontariosee untergegangen. 46 Mann der Besatzung sind ertrunken.

Unterbrechung der diplomatischen Beziehungen zwischen Japan und Amerika.

(Eigener Fernsprechsprechdienst der „Sachsen-Zeitung“.)

Washington, 21. Mai. Präsident Coolidge hat das Rücktrittsgesuch des amerikanischen Botschafters in Tokio Woods genehmigt.

New-York, 21. Mai. Nach einem Telegramm aus Tokio hat der japanische Außenminister die Mitteilung erhalten, daß der japanische Botschafter in den Vereinigten Staaten zurückgetreten ist.

Besuchausbruch auf Hawaii.

Paris, 21. Mai. Aus New-York liefen gestern abend Meldungen ein von einem verheerenden Ausbruch des Mleane, des großen Vesuvus auf den Hawaii-Inseln. Es werden bereits Tote und Verwundete gemeldet. Die Eingeborenen flüchten aus den Dörfern.

Kanada verlangt eine Vertretung in Washington.

London, 21. Mai. Aus Ottawa wird gemeldet, daß Kanada beschlossen habe, in London einen diplomatischen Schritt zu unternehmen, um die Ernennung eines selbständigen kanadischen Gesandten in Washington im Einverständnis mit der englischen Regierung durchzuführen. Es heißt, daß Kanada sich auf das Beispiel des irischen Freistaates berufen werde, der es durchgesetzt habe, einen selbständigen diplomatischen Vertreter nach Washington zu entsenden.

stalt als praktische Grundlage für die Lösung des Reparationsproblems ab.

Der Reichs-Landbund fordert, daß eine Regierung gebildet wird, die dem Reichsbunde Gegenvorschläge zustellt, die wirtschaftlich erfüllbar sind und politisch die Freiheit bringen.“

Zu dieser Entschlieung ein kurzes Geleitwort:

Das deutsche Landvolk muß den Mut aufbringen, die bittere Wahrheit den irreführenden Volksgenossen immer wieder vorzuhallen, daß die Verelendung der letzten fünf Jahre ausschlaggebend veranlaßt wurde durch die aus Feigheit, Schwäche und Verblendung geleistete Unterschrift unter das Verfallene Schuldbekenntnis. Niemals wieder darf der Glaube an „glückliche Umstände“ und der Wahn: „Es wird ja nicht so schlimm werden!“ dazu führen, daß eine deutsche Regierung Abmachungen unterschreibt, die nicht erfüllt werden können. Die Entscheidung über die Annahme oder Ablehnung des Sachverständigenurteils rückt in unmittelbare Nähe. Schon sind alle außenpolitischen und innenpolitischen Druckmittel und Einwirkungen wieder angewendet, um die Kapitulation zu bewirken. Die Lage ist gegenüber berienigen vom Juni 1919 noch dadurch besonders erschwert, daß während der Deutschland zur Unterschrift vorgelegte Versailleser Vertrag lediglich das Nachwerk unserer Wegner war, an der Anlage und Gestaltung des kaum weniger umfangreichen Sachverständigenurteils deutsche Vertreter maßgebend mitgearbeitet haben. Nach den Aeußerungen des Generals Dawes stellt das Urtaachen ein einheitliches Ganzes dar und nach Ansicht der Reparationskommission handelt es